WORTE WIRKEN

B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung

Worte wirken

Projekte von B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung 1993 bis 2013

Vorwort

Seit 20 Jahren schreibt B,S,S. Entstanden sind über 300 Berichte, 20 000 Seiten und 5 Millionen Wörter.

Das ist viel Text. Natürlich schreiben wir nicht nur. Wir sprechen mit unseren Kunden, führen Interviews, befragen, recherchieren, rechnen, bewerten. Wir verwenden Bilder, Grafiken, Diagramme, Tabellen. Und doch: Im Zentrum steht bei B,S,S. der Text, die Sprache, die Analyse, das Argument. Am Schluss zählt der Sinn, zählen die Worte.

Was aber bewirken unsere Argumente, unsere Worte?

Wir haben die Wirkung einiger Projekte zusammengetragen. Herausgekommen ist ein Potpourri unserer Mandate, das Einblick gewährt in die Vielseitigkeit unserer Arbeit.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und unterhaltende Lektüre.

Basel, im November 2013

Das B,S,S.-Team

«Der Artikel stimulierte eine Diskussion und auch einige deutliche Reaktionen von Finanzdirektoren.»

Welcher Kanton ist der beste?

Ein Kantonsranking aus dem Jahr 1993

Einer der ersten Aufträge der neu gegründeten B,S,S. kam vom Wirtschaftsmagazin «Bilanz». Die Aufgabe war interessant, die Methode innovativ, das Ergebnis möglicherweise brisant: Ein Kantonsranking sollte erstellt werden.

Heute sind Rankings en vogue. Alles wird gerankt, bewertet, verglichen. Das attraktivste Land, die beste Schule, die höchste Lebensqualität, das längste Leben – und natürlich die besten Gemeinden und Kantone. Im Jahr 1993 waren die Frage und die Idee neu: Welcher Kanton ist besonders attraktiv? Wie könnte ein solcher Vergleich mit harten Zahlen belegt werden? Kann eine Rangliste erstellt werden?

Als Indikatoren wählten wir beispielsweise die Steuerhöhe, die wirtschaftliche Lage des Kantons, das öffentliche Angebot, aber auch die Umweltqualität. Relevante Daten wurden gesichtet und ausgewertet, die Resultate gewichtet.

Das Ergebnis: «Der Kleinste ist der Grösste», so jedenfalls titelte die «Bilanz». Der Artikel stimulierte eine Diskussion und auch einige deutliche Reaktionen von Finanzdirektoren. Dies zeigte, dass das Ranking durchaus ernst genommen wurde und wichtig war.

Das waren die Anfänge des Rankings. Heute führt allein die «Bilanz» Dutzende von verschiedenen Ratings und Rankings auf ihrer Homepage. Rankings werden gerne gelesen. Aber man muss sie auch hinterfragen. Manches Ranking erweckt den Anschein einer eindeutigen Reihenfolge, wo die Realität ungleich komplexer ist, und nicht selten werden schlicht die falschen Zahlen miteinander verglichen. Über 15 Jahre nach dem Kantonsranking durften wir zuhanden des Staatssekretariats für Wirtschaft die weltweit wichtigsten Länderrankings zum Thema «Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität» miteinander vergleichen und kritisch begutachten. Wiederum ein innovativer Beitrag unserer Firma zum Thema Ranking.

«Eine spannende Aufgabe und eine ganz und gar volkswirtschaftliche Fragestellung: Wie lässt sich das Ausgleichssystem ausgestalten, so dass keine Fehlanreize resultieren?»

1994 bis heute, Bund und diverse Kantone

B,S,S. evaluiert und optimiert Finanzausgleichssysteme.

Vom Geben und Nehmen

Der Finanzausgleich

Es geht um Geld. Um viel Geld. Es geht aber vor allem auch darum: Nicht jeder Kanton hat die gleiche Ausgangslage.

Um dadurch resultierende Unterschiede bezüglich Steuern und Leistungen zu begrenzen, gibt es einen Ausgleich, den Finanzausgleich. Einige Beispiele: Bern wird im Jahr 2014 daraus rund 1,2 Milliarden Franken von anderen Kantonen und dem Bund erhalten. Zürich und Zug sind mit 370 respektive 280 Millionen Franken die grössten Nettozahler.

Aber es wird nicht nur zwischen den Kantonen umverteilt, der Finanzausgleich existiert auch zwischen den Gemeinden eines Kantons.

Seit Firmengründung durfte B,S,S. an der Ausgestaltung des Finanzausgleichs mitwirken. Zunächst auf Bundesebene bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), der wohl grössten Föderalismusreform der Schweiz. Bis heute unterstützen wir regelmässig Kantone dabei, ihr Finanzausgleichssystem zu überprüfen, zu reformieren und zu optimieren.

Eine spannende Aufgabe und eine ganz und gar volkswirtschaftliche Fragestellung: Wie lässt sich das Ausgleichssystem ausgestalten, so dass keine Fehlanreize resultieren? Wie können die Unterschiede in der Ausgangslage der Gemeinden am besten abgebildet werden? Wie werden Transparenz und Steuerbarkeit des Systems gewährleistet?

Die Anwendung der ökonomischen Theorie in der Praxis ist teilweise komplex. Die oftmals noch grössere Herausforderung liegt jedoch in der politischen Umsetzung. Denn ein gesamthaft besseres System kann durchaus zu einzelnen Verlierern führen. Manchmal ist viel Überzeugungsarbeit nötig und manchmal eine Übergangsregelung. Manchmal muss man Kompromisse eingehen, und manchmal wird eine Reform auch abgelehnt. Abgelehnte Reformen sind aber durch ein transparentes Vorgehen, durch den Einbezug der betroffenen Gemeinden und nicht zuletzt durch ein grosses Engagement aller Beteiligten zum Glück die Ausnahmen.

Denn die grundsätzliche Notwendigkeit eines fairen, transparenten und wirksamen Ausgleichssystems ist unbestritten. Selbst dann, wenn es um Geld geht. Um viel Geld.

«Die Politik muss sich an Zahlen orientieren.»

1995, Stiftung Mensch, Gesellschaft, Umwelt (MGU) der Universität Basel

B,S,S. führt innovative und komplexe Befragungen durch.

Für die Befragung im Jura wandern

Bestimmung des Werts der Artenvielfalt

Was ist die Biodiversität wert? Zunächst: Warum interessiert das? Und kann man das überhaupt sagen? Es muss doch nicht alles monetarisiert werden, so ein möglicher Reflex. Doch die Politik muss sich an Zahlen orientieren, wenn es darum geht, bestimmte Gebiete zu schützen oder Landnutzungsformen zu subventionieren. Und wenn verschiedene Politikbereiche um knappe finanzielle Mittel ringen.

Uns haben aber auch die wissenschaftliche Methodik sowie deren praxistaugliche Anwendung motiviert. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den Wert eines Gutes, das nicht am Markt zu kaufen ist, zu bewerten. Eine dieser Möglichkeiten ist eine «contingent valuation», wofür eine breit angelegte Befragung durchgeführt werden muss.

Damals, zu den Anfängen unserer Firma, gingen wir recht «hemdsärmelig» an die Arbeit. Will sagen: Wir krempelten die Ärmel hoch und machten alles selbst, die Buchhaltung, die Sekretariatsarbeit, auch das Putzen übernahmen die Firmengründerin und die beiden Firmengründer persönlich. Natürlich führten wir auch die Befragung selbst durch. Nachdem wir das Untersuchungsdesign erarbeitet und Pretests durchgeführt hatten, gingen wir mit Studierenden der Umweltökonomie in den Jura, um Wanderer zu befragen. Die Interviewer waren davor sorgfältig auf die Aufgabe vorbereitet worden, waren mit der Methode vertraut und hatten in Rollenspielen die Befragungssituation simuliert.

Eines der Ergebnisse der Untersuchung: Den Wanderern im Jura war eine Hektare einer artenreichen Blumenwiese rund 1600 Franken pro Jahr wert. Selbstverständlich wissen wir, dass dies ein Wert ist, der mit einer bestimmten Methode berechnet wurde, basierend auf einer Befragung. Doch können wir mit einem gewissen Stolz bemerken: Die Ergebnisse, mehr aber noch die Methodik selbst, wurden weitherum beachtet und vielfach zitiert.

Befragungen sind mittlerweile integraler Bestandteil zahlreicher unserer Mandate. In vielen Fällen können wir heute die zu Befragenden bequem via E-Mail erreichen. Manchmal macht ein Fragebogen auf Papier mehr Sinn, in anderen Fällen wiederum wird das persönliche oder telefonische Gespräch gesucht.

Derzeit bestimmen wir wieder einen Wert für etwas, das denkbar schwer zu bewerten ist. Für das Bundesamt für Strassen ASTRA dürfen wir den «Wert eines statistischen Lebens» im Kontext des Verkehrs herausfinden. Wieder ist das Untersuchungsdesign komplex. Bei diesem Mandat gehen wir nicht selbst auf die Strasse, sondern arbeiten mit einem Befragungsinstitut zusammen. Von der Erfahrung mit der im Jura durchgeführten Befragung profitieren wir dabei noch heute.

«Die Fachhochschulen sollten nicht mit einem viel zu komplexen System unnötig belastet werden. Gleichzeitig hat das Resultat der Berechnungen signifikante finanzielle Auswirkungen.»

1997 bis heute, diverse Auftraggeber

B,S,S. erhebt und strukturiert Finanzzahlen öffentlicher Institutionen.

Messen, was zuvor nicht messbar war

Was kostet ein Fachhochschüler?

Wie viel kostet ein Jahr Fachhochschule? Diese Frage stellte sich, als im Jahr 1997 die Finanzierung der neu etablierten Fachhochschulen geregelt wurde. Die Fachhochschulen werden vom Heimatkanton der Studierenden, den Standortkantonen der Fachhochschulen und vom Bund finanziell getragen. Um zu bestimmen, wer welchen Betrag zu zahlen hat, muss bekannt sein, wie teuer ein Studienjahr ist, differenziert nach Fachrichtung.

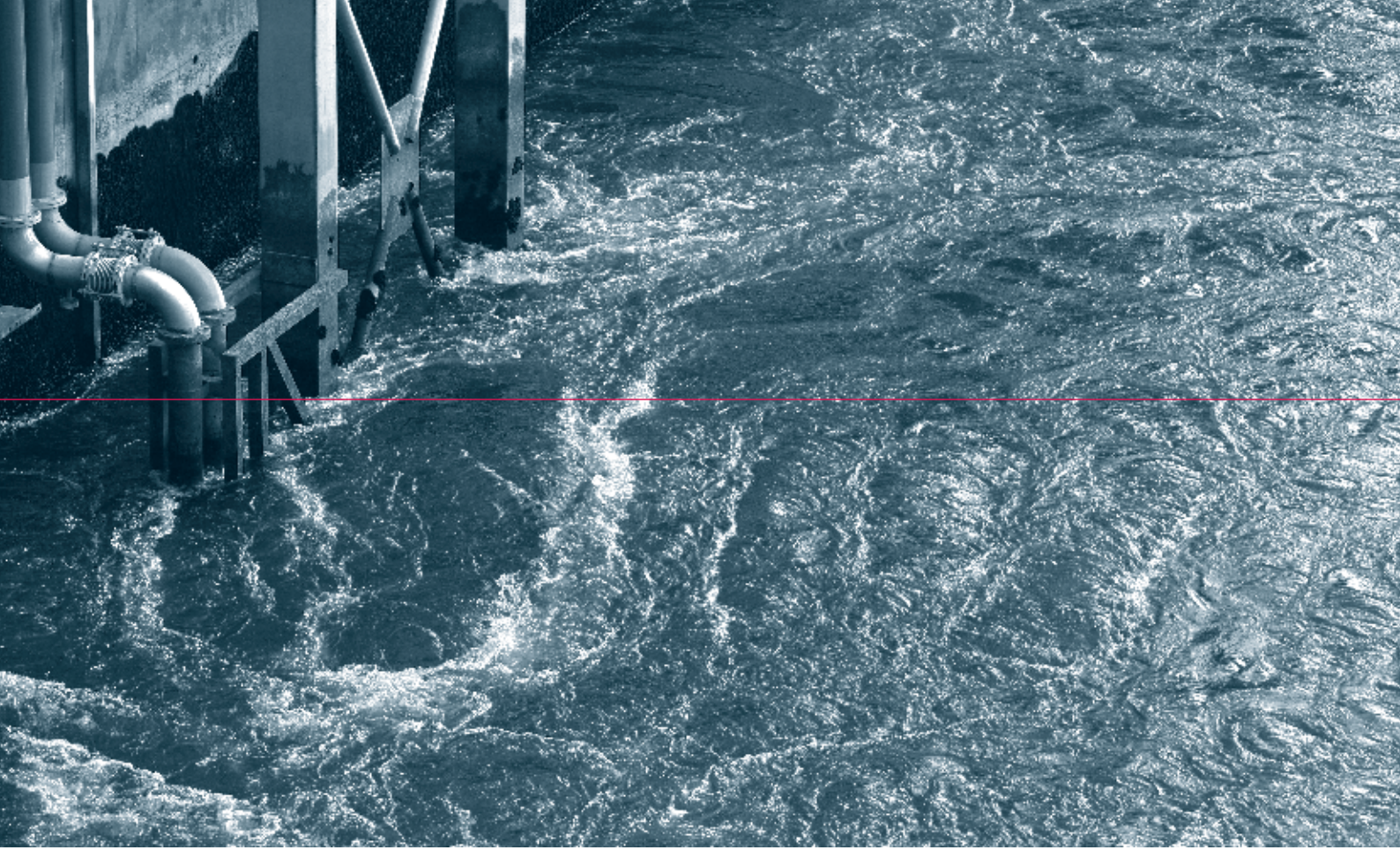
Eine öffentliche Einrichtung rechnet klassischerweise nicht differenziert nach «Produkten» ab, im Fall der Fachhochschule also nicht nach Kursen, die die Professorinnen und Professoren geben. Fachlich ausgedrückt: Es fehlt eine Kostenstellenrechnung. In der Buchhaltung der Fachhochschulen wurde beispielsweise ausgewiesen, wie viel Geld für Personal ausgegeben wird, aber nicht, welche Professorin beziehungsweise welcher Professor wie viele Stunden welchen Kurs unterrichtet und wie viele Studierende jeweils an diesem Kurs teilnehmen.

Wir erhielten nun den Auftrag, ein System zur Berechnung der Kosten pro Studierendem zu erstellen. Dabei musste eine gute Balance gefunden werden zwischen Genauigkeit und Machbarkeit. Die Fachhochschulen sollten nicht mit einem viel zu komplexen System unnötig belastet werden. Gleichzeitig hat das Resultat der Berechnungen signifikante finanzielle Auswirkungen.

Nach der Konzeption waren die Daten zu erheben. Anfangs übernahm B,S,S. diese Arbeit. Mittlerweile sind die Erhebungen standardisiert, und das entsprechende Bundesamt erhält die Daten automatisch von den Fachhochschulen. Doch die Arbeit geht uns damit nicht aus. Seit 2012 erheben wir die Kostendaten der höheren Fachschulen. Auch das wird demnächst standardisiert sein. Aber wir sind sicher: Für so manche öffentliche Dienstleistung weiss noch niemand, was sie wirklich kostet. Gerne unterstützen wir den Prozess, bisher nicht Messbares messbar zu machen.

Und was kostet nun ein Fachhochschüler? Für den Studiengang «Soziale Arbeit» sind es heute beispielsweise 20 000 Franken pro Jahr.

Meist sehr gut investiertes Geld, übrigens!



«Diese Gespräche waren nicht nur inhaltlich wichtig, sondern auch essenziell für die breite Akzeptanz der Studie.»

1998 und 2001, Kanton Bern

B,S,S. führt Inzidenzanalysen durch.

Wird das Oberhasli vom Kanton Bern übervorteilt?

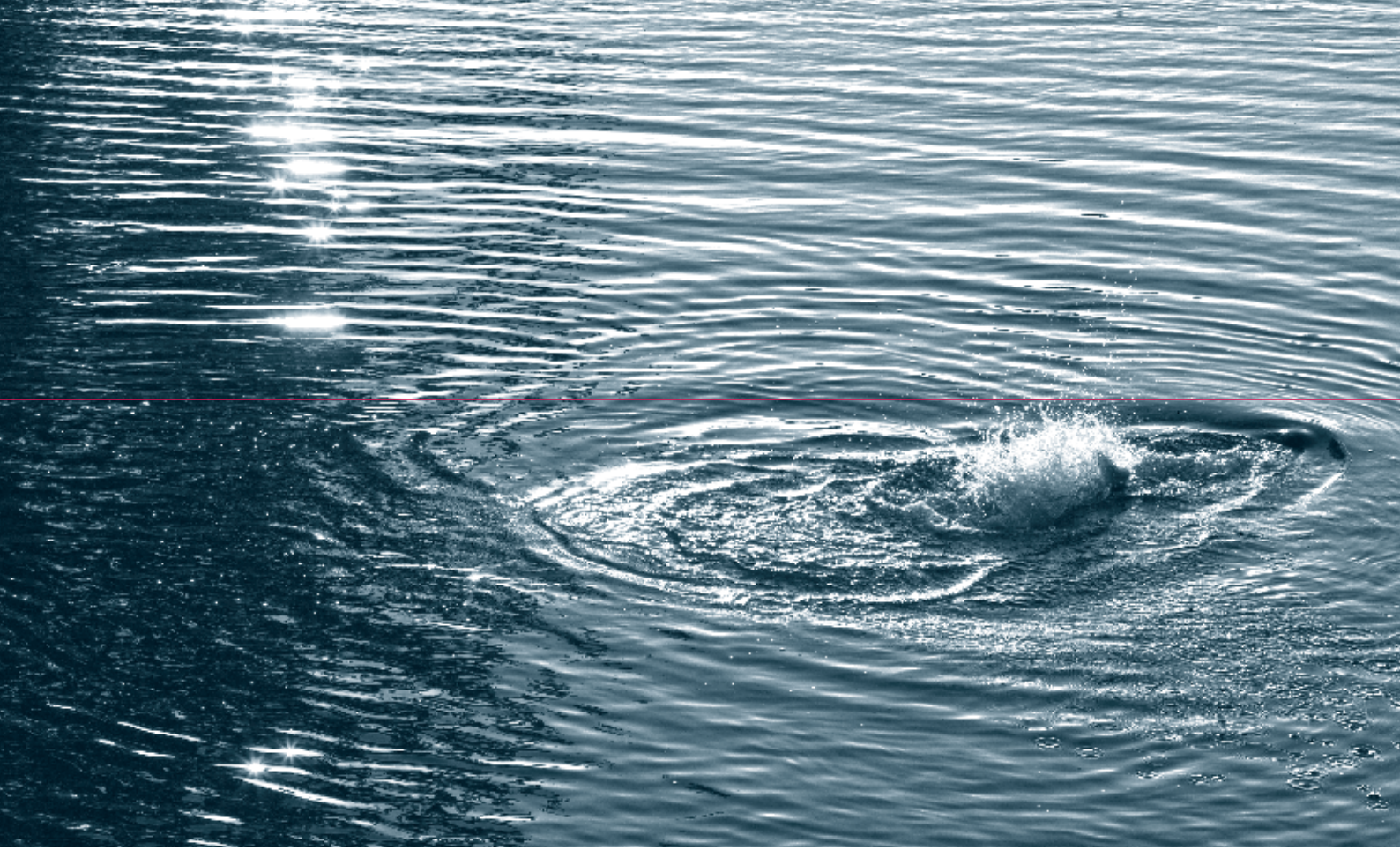
Diskussion um Wasserzinsen – Eine Analyse von Finanzflüssen hilft weiter

Der Gedanke ist ja so abwegig nicht. Einige Berner Gemeinden, am Rand des Kantons, haben das Gefühl, finanziell ungerecht behandelt zu werden. Auf der Gemarkung der Gemeinden wird durch die Nutzung von Wasserkraft viel Geld verdient. Die Wasserzinsen gehen aber zu 100 Prozent an den Kanton. Dies im Gegensatz zur Regelung in manch anderen Kantonen, in denen die Gemeinden einen Anteil erhalten.

Der Kanton Bern erklärte sich bereit, das Anliegen der Gemeinden zu prüfen, und beauftragte B,S,S. als Spezialisten für öffentliche Finanzen. Als Methode wählten wir die «Inzidenzanalyse». Was komplex tönt, bedeutete in der Realität: Die Rechnungen des Kantons und der Gemeinden wurden durchforstet, Zahlungen und Leistungen anhand einer Systematik identifiziert und addiert. Wichtig war aber auch, dass die damals gerade frisch promovierten, in der Universität sozialisierten Firmengründer mit den Verwaltungsangestellten und den Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern vor Ort diskutierten und besprachen, wer was bezahlt und was wie viel kostet. Diese Gespräche waren nicht nur inhaltlich wichtig, sondern auch essenziell für die breite Akzeptanz der Studie.

Das Ergebnis war eindeutig. Das Oberhasli profitiert unter dem Strich vom Kanton. Dazu kommt: Würden die Gemeinden die Wasserzinsen erhalten, dann müssten sie dafür im Gegenzug mehr in den kantonalen Finanzausgleich zahlen. Die komplexen, austarierten Mechanismen der öffentlichen Finanzen haben zu keinen groben Ungerechtigkeiten geführt. Die Ergebnisse der Studie überzeugten auch die Gemeinden, die latente Unzufriedenheit im Oberhasli ist beseitigt, der Streit um die Wasserzinsen beigelegt.

Drei Jahre später erhielten wir ein weiteres Mandat, dessen Wirkung bis heute anhält. Wir durften die Finanzflüsse zwischen den Gemeinden des Berner Juras und dem Kanton untersuchen, wiederum mittels einer Inzidenzanalyse. Wir stellten fest, dass die Gemeinden des Berner Juras innerhalb des Kantons Nettoempfänger sind. Das Ergebnis ist bis heute von grosser politischer Relevanz.



«Viele Daten mussten bei den Organisationen, dem Kanton Genf und dem Bund erst zusammengetragen werden.»

1998 und 2006, Schweizerischer Nationalfonds (SNF) und Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) B,S,S. berechnet volkswirtschaftliche Kosten und Nutzen von Institutionen.

Was kostet das internationale Genf?

Eine Studie mit Langzeitwirkung

Der erfolgreiche Abschluss eines Projektes ist eine aufwändige Angelegenheit. Viel Zeit, Energie und auch Herzblut fliessen in eine Studie. Was danach geschieht, können wir nicht mehr beeinflussen. Wie werden die Ergebnisse verwendet? Welchen Impact haben sie? Manchmal vergehen zehn Jahre, bis wir erfahren, wie relevant unsere Arbeit wirklich war. Eindrücklich haben wir dies mit einer Studie über die wirtschaftliche Bedeutung der internationalen Organisationen in Genf erlebt.

Genf ist eine Stadt von grosser internationaler Ausstrahlung. Mehr als 20 internationale Organisationen, die ständigen Missionen von über 160 Staaten sowie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen haben ihren Sitz in Genf. Für den Kanton Genf ist dies allerdings nicht gratis. Die Organisationen und ihre Beschäftigten profitieren von umfassenden Steuerbefreiungen, während sie dem Kanton Kosten verursachen. Genf wies daher immer wieder darauf hin, dass es vom Bund stärker dafür entschädigt werden müsste.

Mitte der neunziger Jahre hatten wir die Idee, innerhalb des Nationalen Forschungsprogramms «Aussenpolitik» Nutzen und Kosten der internationalen Organisationen in Genf zu errechnen. Die Studie war so spannend wie schwierig. Viele Daten mussten bei den Organisationen, dem Kanton Genf und dem Bund erst zusammengetragen werden. Viele Annahmen mussten getroffen werden, um zu errechnen, wie hoch die Kosten wirklich sind und wie viel Geld wieder in die Genfer Volkswirtschaft fliesst. Am Ende kam B,S,S. zum Ergebnis, dass der Bund Genf tatsächlich stärker unterstützen sollte, um die sogenannte «fiskalische Äquivalenz» zu gewährleisten.

Das Projekt war abgeschlossen und ging – so schien es uns – in der Fülle der anderen aussenpolitischen Forschungen unter. Acht Jahre später erhielten wir eine Anfrage des EDA: Unsere Zahlen waren in den letzten acht Jahren die Grundlage für die finanziellen Abgeltungen des Bundes an den Kanton Genf gewesen. Ob wir die Zahlen aktualisieren könnten? Natürlich konnten wir. Noch so gerne.

«In Bolivien, Kolumbien, Zimbabwe, Südafrika und in der Ukraine erarbeiteten wir zusammen mit den nationalen Behörden und lokalen Expertinnen und Experten Strategien, wie in den Ländern CO_2-Zertifikate für den Export produziert werden können.»

1999 bis 2003, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und Weltbank

B,S,S. arbeitet mit Entwicklungsländern zu innovativen Themen.

Klimaschutz als Chance für Entwicklungsländer?

Die Schweiz hilft mit

Ein neuer Markt entstand. Ein Produkt aus dem Nichts. International handelbar. Preis weitgehend unbekannt. Nachfrage möglicherweise hoch. Weltweit produzierbar. Eine Chance für Entwicklungsländer?

Die Rede ist von CO_2-Zertifikaten. Akademische Kreise hatten die Möglichkeit des Handels mit CO_2-Rechten schon lange diskutiert. Auch wir hatten zu diesem Thema geforscht. Aber erst mit dem Abschluss des Kyoto-Protokolls im Jahr 1997 wurde klar: Ein internationaler Markt mit Emissionszertifikaten wird Realität.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit half das SECO in der Folge zusammen mit der Weltbank zahlreichen Entwicklungs- und Transformationsländern, sich in diesem Markt zu positionieren. B,S,S. durfte hierbei mithelfen. In Bolivien, Kolumbien, Zimbabwe, Südafrika und in der Ukraine erarbeiteten wir zusammen mit den nationalen Behörden und lokalen Expertinnen und Experten Strategien, wie in den Ländern CO_2-Zertifikate für den Export produziert werden können. Ein intensiver Prozess mit vielfältigen Diskussionen. Bereichernd für alle Beteiligten, nicht zuletzt auch für uns, die wir uns vertraut machen konnten mit Institutionen, Gesetzen und Regeln in diesen Ländern, zahlreiche Firmen und vor allem viele engagierte Menschen kennenlernten.

Weltweit wurden in den folgenden Jahren zum Zwecke des Klimaschutzes in unzähligen Projekten Industrieanlagen modernisiert und Bioenergie-Kraftwerke gebaut. In Kläranlagen wurde Methan abgefangen, und Wälder wurden gepflanzt. Zertifikate im Wert von Milliarden von Dollars wurden gehandelt. Der sogenannte «clean development mechanism» (CDM), der Entwicklungsländern Zugang zum internationalen CO_2-Markt verschaffte, gilt heute, wie die Weltbank feststellt, als grosser Erfolg.

Viele haben zu diesem Erfolg beigetragen. Ein kleiner Beitrag kam von uns. Das freut uns.

«Unser Ziel ist erreicht, wenn wir dem Auftraggeber eine fundierte Grundlage liefern können. Wenn unsere Arbeit weiterhilft.»

YYYY, diverse Auftraggeber

B,S,S. unterstützt auch im Hintergrund.

Herr X bleibt lieber anonym

Ein wichtiges Vorhaben wird auf den Weg gebracht

Herr X bleibt lieber anonym. Das ist eine Anerkennung für uns.

Unsere Arbeit hat ihm geholfen, ein wichtiges Vorhaben auf den Weg zu bringen. Das Vorhaben war politisch umstritten. Seine Organisation musste einen fachlichen Vorschlag unterbreiten und dessen Vorteile klar herausarbeiten. Hierfür griff Herr X auf die Fachkompetenz von B,S,S. zurück.

Politik und Verwaltung sind zur Überzeugung gelangt, eine gute Lösung gefunden zu haben. Das Vorhaben ist jetzt abgesegnet und beschlossene Sache, alle Hürden sind genommen. Es wird eine gute Dienstleistung sichergestellt, viele Menschen profitieren langfristig.

Mehr schreiben wir dazu nicht. Denn Herr X möchte nicht publiziert haben, wer er ist und wer die Unterlagen erarbeitet hat.

Vertrauliche fachliche Arbeit für Firmen, Verbände und auch für die öffentliche Verwaltung, daraus bestehen viele unserer Mandate. Wer im Hintergrund wichtiger Vorhaben die Daten anschaut, die Statistiken auswertet, die ökonomische Bewertung vornimmt und Berichte erstellt, manchmal auch eine Publikation oder Rede verfasst, das tut letztlich nichts zur Sache.

Unser Ziel ist erreicht, wenn wir dem Auftraggeber eine fundierte Grundlage liefern können. Wenn unsere Arbeit weiterhilft. Wenn der Kunde oder die Kundin unseren Beitrag nutzen, sich gar ganz damit identifizieren kann, dann ist das die grösste Anerkennung für uns.

«Inhaltlich war die Gemeinde mit diesen Überlegungen ihrer Zeit ein wenig voraus.»

2001, Gemeinde Münchenstein

B,S,S. berechnet, wie sich Arealentwicklungen auf die öffentlichen Finanzen auswirken.

Überbauen, nicht überbauen, überbauen, nicht überbauen …

Eine hitzige Debatte und eine Diskussion um Folgekosten

Die Diskussion um das Areal Heiligholz der Gemeinde Münchenstein im Kanton Basel-Landschaft war über viele Jahre geführt worden. Sollte die letzte grössere Baulandreserve der Gemeinde überbaut werden? Befürworter und Gegner führten hitzige Debatten. Dafür sprach: Es werden mehr Einwohner gewonnen, die Gemeinde erhält mehr Steuern. Dagegen sprach: Infrastrukturkosten erhöhen sich. Vor allem die Kosten für die «soziale Infrastruktur» wurden ins Feld geführt. So bestand die Sorge, dass ein neuer Kindergarten gebaut werden muss, dessen Kosten die zusätzlichen Einnahmen schnell auffressen könnten.

Inhaltlich war die Gemeinde mit diesen Überlegungen ihrer Zeit ein wenig voraus. Erst in jüngerer Zeit beginnen Kommunen, sich systematisch darüber Gedanken zu machen, welche ökonomischen Auswirkungen Einzonungen und Aufzonungen haben.

Im Jahr 2001 wurde B,S,S. beauftragt, die Situation zu analysieren. Auf Basis der Anzahl und Grösse der geplanten Wohnungen und Häuser lässt sich recht gut abschätzen, wie viele neue Einwohner zu erwarten sind, welche Einkommen diese Personen erzielen und wie viel Steuern sie bezahlen werden. Etwas komplexer ist, die Implikationen für die Gemeindeausgaben zu bestimmen. Es muss eine Einschätzung gemacht werden, welche Gemeindeausgaben fix sind, welche proportional zur Bevölkerungszahl ansteigen und wo sprungfixe Kosten zu erwarten sind.

Das Ergebnis war klar, für viele etwas überraschend, wiewohl nach einigem Nachdenken eigentlich auch logisch. Unter dem Strich hat die Erschliessung des neuen Gebietes keine finanziellen Auswirkungen. Kosten und Einnahmen halten sich die Waage. Dies, weil die neue Siedlung im Vergleich zur Gesamtstruktur der Gemeinde ähnlich ist. Und: Die Ausgaben für den Kindergarten sind in der Gesamtbetrachtung recht marginal.

Das Ergebnis bedeutet aber auch, dass um des Geldes willen nicht in die eine oder andere Richtung entschieden werden muss. Die Gemeinde entschloss sich, nicht zu bauen. Das Gebiet wird als Reserve belassen. Als Option für zukünftige Generationen. Sicherlich kein schlechter Entscheid.

«Das solide Konzept entstand vor allem dank der intensiven Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung.»

2003 bis heute, Kanton Bern

B,S,S. ermittelt Kosten und Wirkung von Instrumenten der Wirtschaftsförderung.

Wirkung der Wirtschaftsförderung

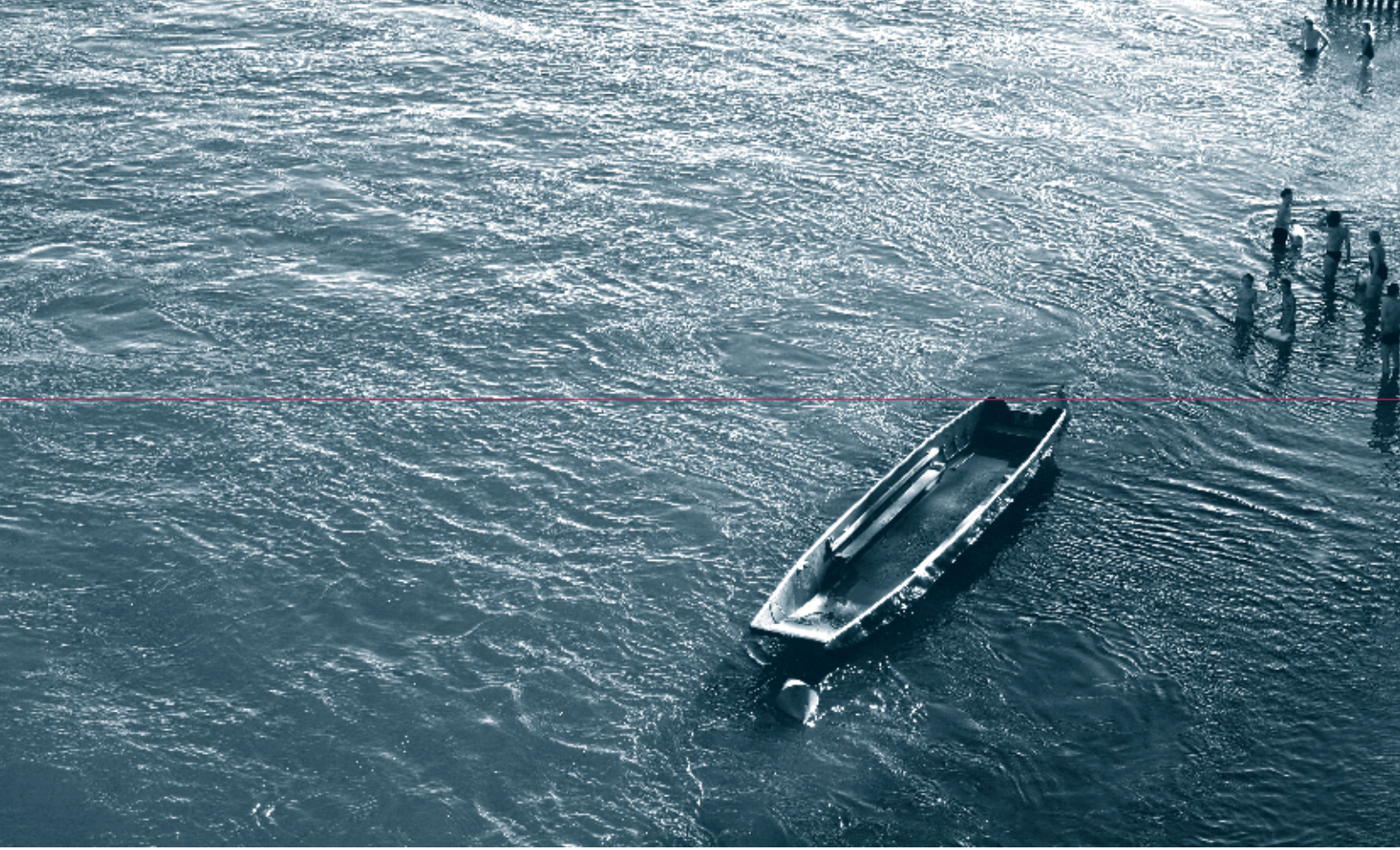
Klare Zahlen für die Steuerung

Wirtschaftsförderung gehört nicht zu den klassischen Staatsaufgaben wie öffentliche Sicherheit, Bildung oder Strassenbau. Welche Wirkungen die Wirtschaftsförderung hat, wurde deshalb immer wieder diskutiert. Gesicherte Zahlen waren nicht vorhanden. Der Kanton Bern beauftragte deshalb B,S,S. darzulegen, was die geldwerten Leistungen der Wirtschaftsförderung tatsächlich bewirken. Trivial ist das nicht. Zentrale Punkte sind: Können durch Fördermittel und Steuererleichterungen Firmen in den Kanton geholt werden, die andernfalls nicht im Kanton wären? Oder verteilt der Kanton einfach Steuergeschenke? Wie ist der Erfolg zu messen? Welche Wirkungen sollen berücksichtigt werden, welche nicht?

In intensiven Arbeitssitzungen haben wir zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion und der Finanzdirektion eine Methode entwickelt, die nützliche und aussagekräftige Ergebnisse liefert. Natürlich brachten wir zu diesen Sitzungen jeweils Ideen mit. Aber das solide Konzept entstand vor allem dank der intensiven Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung.

Gemeinsam wurden zentrale Kennzahlen erarbeitet, die in dieser Form bisher nicht bekannt waren. Als Berechnungsgrundlage dienten primär Daten, die beim Kanton vorlagen. Weiter erhoben wir in einer einmaligen schriftlichen Befragung bei ausgewählten Firmen zusätzliche Informationen.

Die Kennzahlen durften wir in den folgenden Jahren wiederholt aktualisieren. Der Kanton Bern hat heute eine sehr gute und solide Basis, um über die Handhabung der Instrumente der Wirtschaftsförderung zu entscheiden.



«Es ist ein klassisches ‹Gefangenendilemma›, wie dies die Spieltheorie, ein bei Ökonominnen und Ökonomen beliebter Ansatz, beschreibt.»

2004, Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) B,S,S. hilft, gemeinsame Branchenlösungen zu finden.

Berufsbildungsfonds Waldwirtschaft

Wenn ökonomische Konzepte ganz praktisch werden

Jeder möchte profitieren, aber viele verweigern ihren Beitrag. Es ist ein klassisches «Gefangenendilemma», wie dies die Spieltheorie, ein bei Ökonominnen und Ökonomen beliebter Ansatz, beschreibt.

In diesem Fall ging es um Kosten der Aus- und Weiterbildung im Bereich der Waldwirtschaft. Jeder Betrieb profitierte von ausgebildeten Fachleuten, aber nicht alle Betriebe bildeten selbst aus. So wie dies in vielen Branchen der Fall war und auch heute zum Teil noch ist.

Um das Jahr 2003 erkannten Verbände der Waldwirtschaft in der Situation ein Problem. Es war stossend, dass die Ausbildungslast nur von einigen Betrieben getragen wurde, während andere «Trittbrettfahrer» waren. Eine gute Lösung ist grundsätzlich ein «Berufsbildungsfonds». Die Idee: Alle Betriebe zahlen etwas in den Fonds ein. Der Fonds wiederum zahlt Beiträge an die Kosten der Aus- und Weiterbildung. Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Fonds laut Gesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden. In diesem Fall sind alle Firmen der Branche verpflichtet, Beiträge an den Fonds zu entrichten.

Die eidgenössische Forstdirektion des damaligen Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL beauftragte B,S,S. zusammen mit unserem langjährigen Kooperationspartner Silvaconsult mitzuhelfen, einen Berufsbildungsfonds auf den Weg zu bringen.

Ein wichtiger erster Schritt war, die tatsächlich anfallenden Kosten der Aus- und Weiterbildung der Waldwirtschaft zu erheben. Auf dieser Basis konnte berechnet werden, wie hoch die Beiträge der Betriebe (pro Arbeitsplatz) sein sollten.

Heute, zehn Jahre später, ist der Berufsbildungsfonds in der Waldwirtschaft etabliert. Zunächst waren Beiträge in den Fonds freiwillig, seit Mitte 2012 hat der Bundesrat den Fonds für allgemeinverbindlich erklärt. 1300 Betriebe sind vom Berufsbildungsfonds erfasst. Die Beiträge orientieren sich an der Mitarbeiterzahl. Pro Jahr erhält der Fonds rund eine Million Franken.

Die Leistungen des Fonds: 75 Prozent der Mittel gehen an die berufliche Grundbildung. Ein Betrieb, der einen Lernenden in einen überbetrieblichen Kurs schickt, erhält 70 Franken pro Tag. Das sind nicht die vollen Kosten, entlasten die ausbildenden Betriebe aber doch deutlich. Und sorgen für mehr Gerechtigkeit. Die restlichen Fondsmittel werden für Weiterbildung und Projekte der Organisation der Arbeitswelt (OdA), die auch den Fonds verwaltet, verwendet.

Ein schöner Erfolg.

«Die Frauen müssen nicht mehr zu den wenigen verbliebenen Wäldern wandern, um dort Holz zu schlagen und auf dem Kopf balancierend zurückzutragen.»

2005 bis heute, privater Auftraggeber

B,S,S. arbeitet zu Waldschutz und Aufforstungen als Klimaschutzmassnahmen.

Bäume für Ostafrika

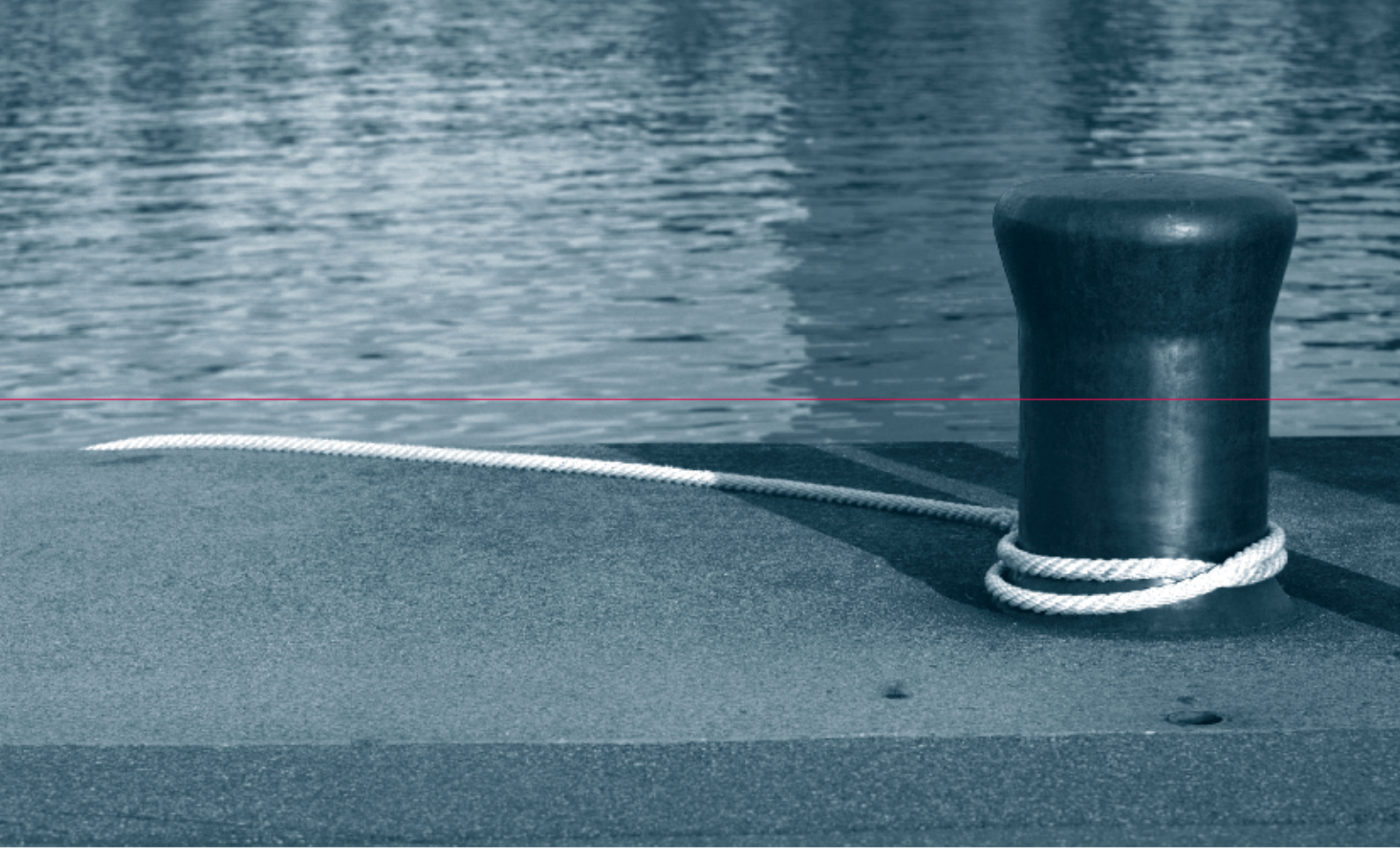
Wie informelle Landnutzungsrechte und globalen Klimaschutz gewichten?

Die Reise war lang, aber angenehm: Basel–Zürich–Nairobi–Kisumu. Für den letzten Flug stand am kleinen Nairobi Wilson Airport für Privatflugzeuge eine einmotorige Propellermaschine bereit. Keine Kontrollen, keine Formalien, Handschlag mit dem Piloten, hinsitzen, abfliegen. 45 Minuten Flug in Richtung Westen, inklusive einer kleinen Extrarunde über dem Rift Valley National Park. Im Vorfeld der Klimakonferenz in Kenia 2006 ergab sich die Möglichkeit, für einen Kunden, den wir seit Jahren zum Thema CO_2-Management beraten, bestehende und künftige Aufforstungsprojekte zu besuchen. Die Projekte haben alle das Ziel der CO_2-Kompensation.

Eine Stunde nach der Landung in Kisumu sitzen wir bereits in einem kleinen Konferenzraum. Die Mitarbeiter des lokalen Büros sind ausserordentlich gut vorbereitet. Die Ideen für künftige Aufforstungen werden präzise beschrieben. Die nächsten beiden Tage sind für Besichtigungen vor Ort reserviert. In den vergangenen Jahren wurde schon erstaunlich viel erreicht. Unser Kunde unterstützt Kleinbauern, Massnahmen gegen die zunehmende Entwaldung zu ergreifen. Setzlinge werden verteilt, Ratschläge gegeben. Im Ergebnis haben Tausende von Kleinbauern Hunderttausende von Bäumen gepflanzt. In wenigen Jahren schon werden die Familien in der Nähe ihrer Hütten Feuerholz zur Verfügung haben. Die Frauen müssen dann nicht mehr zu den wenigen verbliebenen Wäldern wandern, um dort Holz zu schlagen und auf dem Kopf balancierend zurückzutragen. Ihr Leben wird ein wenig erleichtert. Vor allem aber wird der Wald geschont.

Doch jetzt möchte die westafrikanische Repräsentanz der Firma noch mehr leisten. Grosse Flächen, die sich theoretisch für Aufforstungen eignen, sind identifiziert. Auf dem Weg zum grössten künftigen Aufforstungsgebiet wird jedoch deutlich: Wie so oft in Afrika ist das vermeintlich ungenutzte Gebiet nicht einfach Niemandsland. Hirten weiden ihre Tiere, es bestehen offenbar komplexe informelle Landnutzungsrechte. Die zentrale Frage, die wir mit dem Management besprechen, ist: Wird es möglich sein, grössere Landflächen aufzuforsten, ohne bestehende Nutzungen und informelle Rechte zu tangieren? Die Firma hat schliesslich auf grossflächige Aufforstungen im Westen Kenias verzichtet. Die Kleinbauern werden weiter unterstützt. Das ist vielleicht kein Maximum für den Klimaschutz, aber eine weise und nachhaltige Strategie.

Nachsatz: Heute – nach verschiedenen Studien von B,S,S., zwei Projektreisen und vielen firmeninternen Diskussionen – hat unser Kunde finanzielle Anreize etabliert, die unzähligen Kleinbauern helfen, Bäume zu pflanzen. Wir freuen uns, durch unsere Analysen einen Beitrag zum Klimaschutz, zur Bewahrung der Natur und zum Wohle von Kleinbauern geleistet zu haben.



«Der Wert einer Gesellschaft misst sich daran,
wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.»
(Aristoteles)

2007, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

B,S,S. arbeitet zu sozialen Fragen.

Wenn Zahlen ein Gesicht bekommen

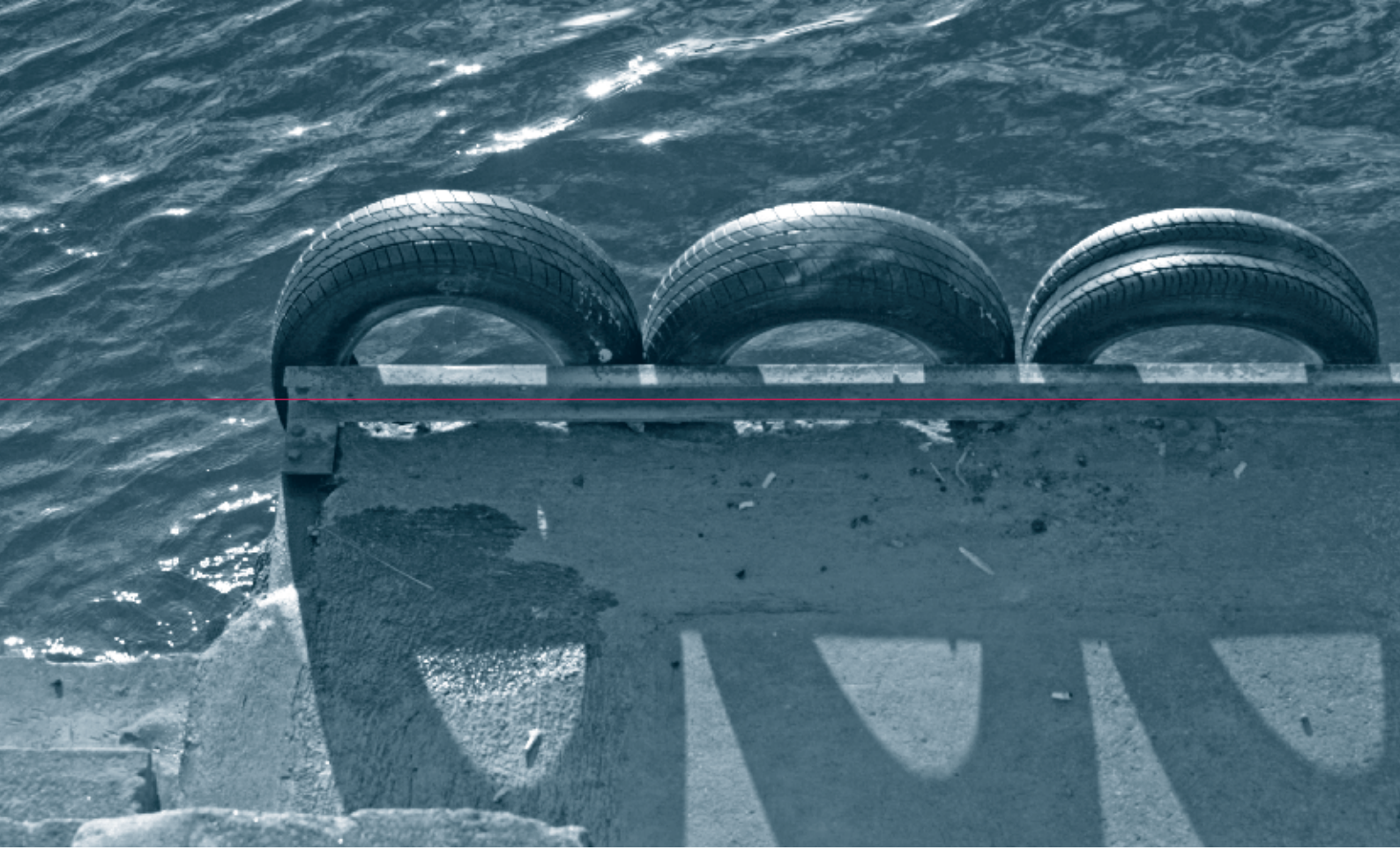
Kosten und Nutzen des Assistenzbeitrags für behinderte Menschen

Ich war neu bei B,S,S., und es war mein erstes grosses Projekt: die Messung der Kosten des Assistenzbeitrags für behinderte Menschen. In einem Pilotversuch wurde getestet, wie es ist, wenn Menschen mit Behinderungen nicht in einem Heim wohnen, sondern im eigenen Zuhause, unterstützt von persönlichen Assistentinnen und Assistenten, die wiederum von der Invalidenversicherung bezahlt werden. Die gesamtschweizerische Einführung des Assistenzbeitrags war noch ungewiss. Unsere Studie sollte als Entscheidungsgrundlage dienen.

Im Schlussbericht schrieben wir folgendes Fazit: «Die Lebensqualität der Teilnehmer steigt durch das Assistenzbudget beträchtlich. Demgegenüber erhöhen sich jedoch auch die Kosten für die Allgemeinheit. Dies insbesondere darum, weil unentgeltlich geleistete Hilfe durch das Assistenzgeld abgelöst wird.»

«Die Lebensqualität der Teilnehmer steigt durch das Assistenzbudget beträchtlich.» Nur ein Satz – und doch viel mehr. Denn zustande kam er durch die intensive Auseinandersetzung mit 38 Teilnehmenden des Pilotversuchs. Durch zahlreiche Gespräche mit Familienangehörigen, die beispielsweise durch die Betreuung eines schwerstbehinderten Kindes an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stossen, mit Assistenzleistenden, Institutionsvertreterinnen und Institutionsvertretern – und vor allem durch prägende Erlebnisse mit den Teilnehmenden selbst. Ich sah, hörte, spürte den Nutzen. Doch monetarisieren konnte ich ihn nicht. Aus rein finanzieller Sicht musste ich feststellen: Die Kosten würden insgesamt steigen. Wie diese Kosten finanziert würden, war noch offen.

Ich dachte an Aristoteles: «Der Wert einer Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.» Ich hoffte, dass für die Schwächsten entschieden würde, und ich war nicht allein damit: Der Assistenzbeitrag wurde weiter entwickelt und am 1. Januar 2012 im Rahmen der 6. IV-Revision eingeführt.



«Gemeinsamer Nenner unserer Projekte ist,
dass wir verschiedene Datenquellen nutzen,
komplexe Datensätze auswerten
und damit auch zugänglich machen.»

2009, Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT); 2009 bis heute, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO); 2012 bis heute, Kanton Aargau

B,S,S. erstellt vielfältige Arbeitsmarktanalysen.

Die Vermessung des Arbeitsmarktes

Vom Fachkräftemangel bis zur Arbeitslosigkeit

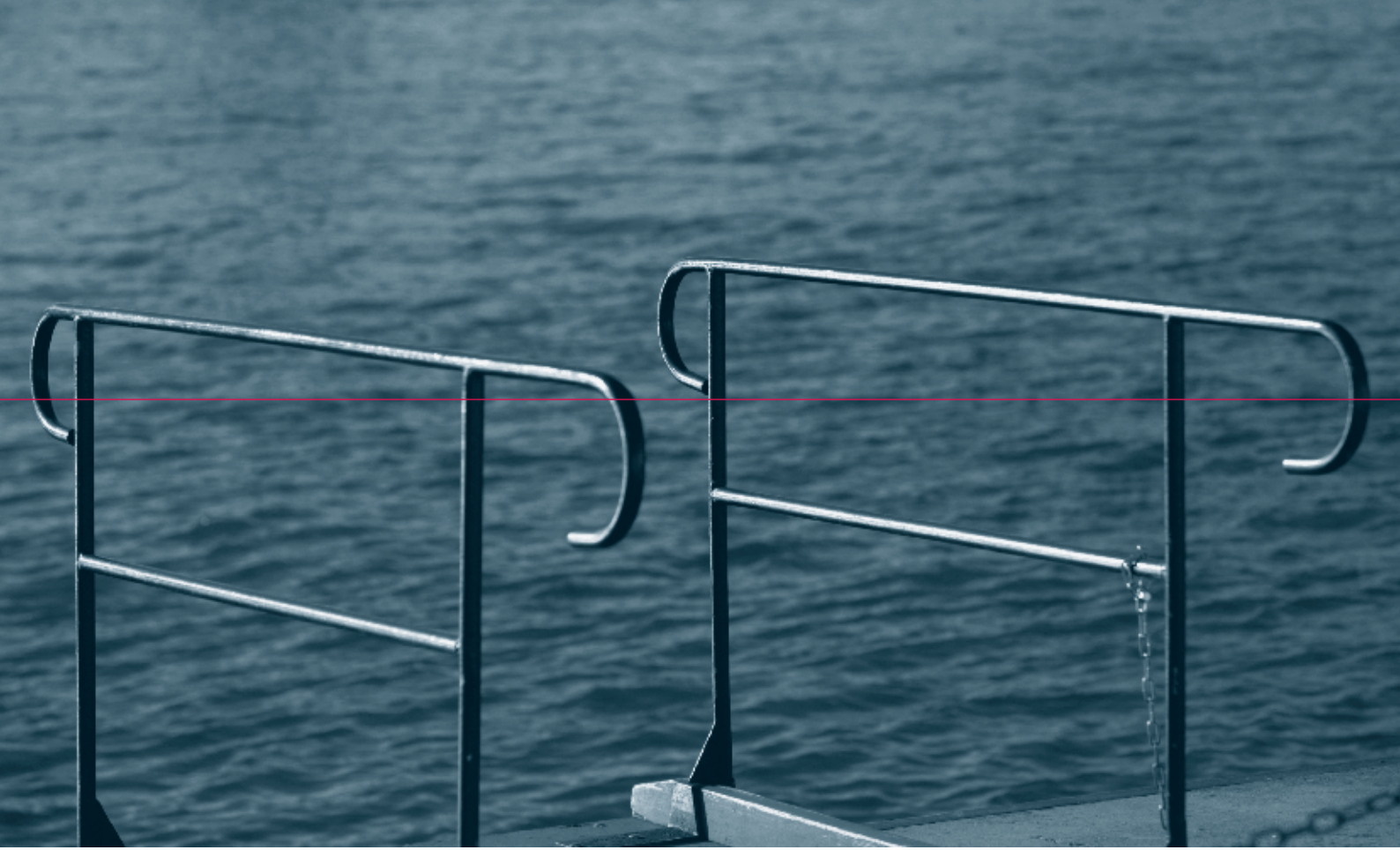
Ein junger Mensch steht vor der Berufswahl. Der Beruf soll ihm Freude machen. Aber auch zukunftsfähig und mit den privaten Wünschen und Plänen vereinbar sein. Er oder sie fragt sich: Wie viele Arbeitsplätze gibt es für Bäckerinnen? Wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit der Buchhalter? Kann ich als Polymechanikerin auch Teilzeit arbeiten?

Solche Fragen sind selbst für Berufsberaterinnen und Berufsberater und Spezialistinnen und Spezialisten der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren gar nicht so einfach zu beantworten – erst recht nicht für Teenager oder Stellensuchende. Viele allgemeine Informationen zum Arbeitsmarkt werden regelmässig publiziert (u.a. vom Bundesamt für Statistik und durch das Staatssekretariat für Wirtschaft), berufsspezifische Informationen müssen aber aufwändig zusammengetragen werden.

Abhilfe verschaffen seit Neuestem Factsheets zu rund 130 Berufen. Die Informationsblätter präsentieren übersichtlich und leicht verständlich jeweils für einen Beruf die wichtigsten Arbeitsmarktinformationen. Das Konzept haben die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Aargau zusammen mit B,S,S. entwickelt. Die halbjährlich von uns aktualisierten Informationsblätter stossen inzwischen über das ursprüngliche Zielpublikum der Berufsberatung hinaus auf grosses Interesse.

Andere Projekte unserer Firma zum Thema Arbeitsmarkt richten sich an Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die Analysen für eine informierte Entscheidung benötigen. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist das «Indikatorensystem Fachkräftemangel», das wir im Jahr 2009 für das damalige BBT und das SECO erarbeitet und soeben für das SECO weiterentwickelt haben. Das System zeigt auf, wo ein Mangel auftritt und was mögliche Gründe für den Mangel sein könnten.

Gemeinsamer Nenner unserer Projekte ist, dass wir verschiedene Datenquellen nutzen, komplexe Datensätze auswerten und damit auch zugänglich machen. Im Resultat wird das eine oder andere Bauchgefühl natürlich bestätigt. Häufig ist es aber auch so, dass der datenbasierte Blick weiter reicht. Er ermöglicht, neue und teilweise überraschende Zusammenhänge aufzuzeigen und Informationen bereitzustellen, die sonst nicht so einfach verfügbar sind. Das Ergebnis reicht vom wissenschaftlichen Bericht bis zur Kurzinformation für junge Menschen vor der Berufswahl.



«Tatsächlich waren die Studienresultate zur Nachfrage nach Alterswohnungen im oberen Preissegment eher ernüchternd.»

2011 und 2013, Stiftung Diakonat Bethesda

B,S,S. analysiert den Bedarf an Alterswohnungen und Alters- und Pflegeheimen.

Das Projekt ist (noch) nicht markttauglich. Danke!

Welche Art von Alterswohnungen braucht es im Basler St. Alban-Quartier?

«Wir bauen jetzt nicht!» Diese Nachricht des Auftraggebers überraschte unseren Mitarbeiter dann doch. Wenige Monate zuvor hatte Jürg Matter, Direktor der Stiftung Diakonat Bethesda in Basel, mit grossem Enthusiasmus von seinem Projekt berichtet, Alterswohnungen für gehobene Ansprüche zu bauen, und uns den Auftrag erteilt, die Nachfrage nach solchen Objekten abzuklären.

In den folgenden Wochen studierten wir Bevölkerungszahlen, differenziert nach Einkommens- und Vermögensklassen, analysierten Daten zum Umzugsverhalten, erarbeiteten auf dieser Basis differenzierte Prognosen und stellten eine Übersicht zum bestehenden Angebot an Alterswohnungen zusammen. Wie immer gingen wir objektiv und ergebnisoffen an die Arbeit. Tatsächlich waren die Studienresultate zur Nachfrage nach Alterswohnungen im oberen Preissegment eher ernüchternd. Aber dass gleich das ganze Projekt gekippt würde, das hatten wir nicht erwartet. Der Bericht hatte – neben weiteren grundsätzlichen Überlegungen – schlussendlich massgeblich zum Entscheid beigetragen, dass der Kunde vorerst auf die Realisierung des Projektes verzichtete und seine Strategie neu definierte.

Herr Matter, so entnahmen wir dem weiteren Gesprächsverlauf, war allerdings überhaupt nicht enttäuscht. Nein, er bedankte sich herzlich für die ehrliche Analyse. Er sei froh, mit der nötigen Zeit und Besonnenheit das Projekt erfolgversprechend auf dem Wohnungsmarkt platzieren zu können.

Nachsatz: Zwei Jahre später durften wir ein überarbeitetes Konzept bezüglich dessen Marktchancen evaluieren. Die Konklusion des Direktors: «Jetzt bauen wir!»

«Allein für die manuelle Unterstützung des Schrifterkennungsprogramms, mit dem die Formulare erfasst wurden, haben unsere studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2000 Stunden investiert.»

2011 bis heute, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

B,S,S. führt komplexe Wirkungsmessungen und Evaluationen durch.

Welche Integrationsprogramme helfen wirklich?

Prix Seval gewonnen und 700 000 Bewerbungen ausgewertet

Keine Arbeit zu finden, ist ein schweres individuelles Schicksal, und Arbeitslosigkeit stellt für die Volkswirtschaft eine grosse Belastung dar. Daher gibt es Integrationsprogramme der Arbeitslosenversicherung. Ist die Stellensuche nicht erfolgreich, werden Personen spätestens nach zwei Jahren ausgesteuert und melden sich bei der Sozialhilfe. Die Bemühungen um eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt gehen hier weiter, unter anderem investieren die Sozialdienste ihrerseits in Integrationsprogramme. Die Invalidenversicherung hat eigene solche Programme und das Bundesamt für Migration ebenfalls.

All das kostet aber auch viel Geld. Im Jahr 2012 hat die Arbeitslosenversicherung beispielsweise 539 Millionen Franken für Programme ausgegeben, welche den Stellensuchenden helfen sollen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Insbesondere angesichts der hohen Kosten darf und muss man sich fragen, welche Wirkung die Integrationsmassnahmen entwickeln. Die Behörden unternehmen bereits viel in puncto Qualitätssicherung. Qualität muss aber nicht zwingend zu Wirkung, das heisst zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, führen. Eine Wirkungsmessung zeigt zudem auf, wie Programme verbessert werden können und welche Kurse bei welchen Personen besonders gut wirken.

Eine gute Wirkungsmessung bedingt, dass Instrumente, Methode und Wirkungsgrössen an den Untersuchungsgegenstand angepasst sind. Es gibt kein «one size fits all». Eine Methode, die B,S,S. zurzeit im Auftrag des SECO und einer Anzahl von kantonalen Arbeitsmarktbehörden anwendet, vergleicht anhand von drei Indikatoren den Bewerbungserfolg und die Suchintensität der Stellensuchenden vor und nach dem Integrationsprogramm. Indem bei der gleichen Person die Indikatoren über die Zeit verglichen werden (Vorher-Nachher-Vergleich), kann ein Hauptproblem der Wirkungsmessung, der Selektionseffekt, umgangen werden.

Für die Analyse haben wir bei fünf Kantonen Daten zu 700 000 Bewerbungen erhoben und mit modernsten ökonometrischen Methoden ausgewertet. Die immense Datenmenge war bei diesem Projekt beeindruckend. Allein für die manuelle Unterstützung des Schrifterkennungsprogramms, mit dem die Antwortformulare erfasst wurden, haben unsere studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2000 Stunden investiert. Damit konnte ein nach unserem Erkenntnisstand weltweit einmaliger Datensatz zum Bewerbungsverhalten geschaffen werden, der auch für weitere arbeitsmarktliche Analysen dienlich sein wird.

Die Evaluationsmethode wurde 2012 von der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft SEVAL mit ihrem Jahrespreis ausgezeichnet.

«Die Analyse von B,S,S. war ein kleiner Schritt auf einem langen Weg zum Abbau der gesundheitlichen Ungleichheit.»

Macht Armut krank?

Oder Krankheit arm?

Jede zehnte Person in der Schweiz gilt als arm. Armut schränkt ein, ist belastend, und sie hat viele Gesichter. Eines davon ist die Auswirkung auf die Gesundheit. Oder kurz gesagt: «Armut macht krank.»

Studien postulieren seit Jahrzehnten den Zusammenhang zwischen sozialer Schicht (gemessen durch Bildung, berufliche Stellung oder Einkommen) und Gesundheit. Doch wie gross ist die gesundheitliche Ungleichheit in der Schweiz tatsächlich? Zusammen mit dem BAG durften wir dieser Frage nachgehen.

Die Ergebnisse waren gleichzeitig eindrücklich und erschreckend. Zwei Beispiele: Die Sterblichkeit von Personen ohne Schulabschluss ist bis zu fünfmal höher als bei Personen mit einem Tertiärabschluss. Die Wahrscheinlichkeit einer Invalidität ist bei Personen, welche höchstens die obligatorische Schule abgeschlossen haben, fast fünfmal so hoch wie bei Universitätsabgängerinnen und Universitätsabgängern.

Die Akteure im Gesundheitswesen haben die schwierige Aufgabe, die Gesundheitspolitik so zu gestalten, dass die gesundheitliche Chancengleichheit verbessert wird. Mittels Taggeldern, Renten und Prämienverbilligungen trägt die Gesundheitspolitik bereits heute dazu bei, dass der Umkehrsatz «krank macht arm» kaum mehr zutrifft. Der Zusammenhang «arm macht krank» ist hingegen deutlich schwieriger zu durchbrechen.

Die Analyse von B,S,S. war ein kleiner Schritt auf einem langen Weg zum Abbau der gesundheitlichen Ungleichheit. Eines hat sie jedoch deutlich aufgezeigt: Die Fokussierung auf das Gesundheitswesen reicht nicht aus, um eine der grössten Krankheitsursachen – die Armut – zu überwinden.

«Auf Basis bestehender empirischer Daten konnten wir einen bedeutenden ökonomischen Nutzen der geplanten neuen Infrastruktur nachweisen.»

Was nützt das Herzstück der Basler Regio-S-Bahn?

Gesamtwirtschaftliche Auswirkung einer Verkehrsverbindung

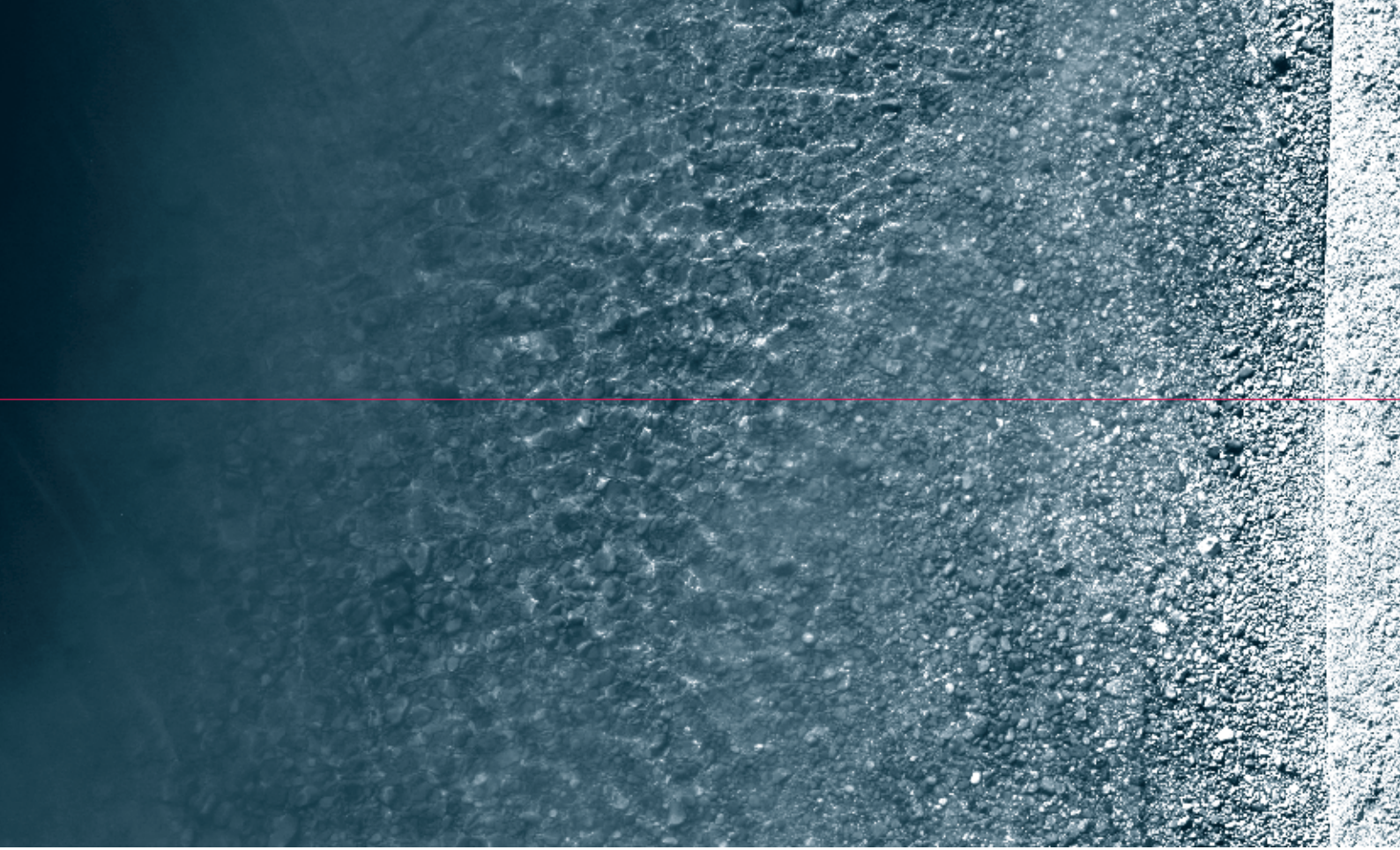
Es ist der Traum einer jeden Ökonomin und eines jeden Ökonomen: Vor dem Bau eines grossen Infrastrukturprojektes, in diesem Fall einem Tunnel unter dem Rhein, wird systematisch, grundsätzlich und auch ergebnisoffen darüber nachgedacht, welche ökonomische Auswirkung das Bauwerk hat, wie sich die neuen Verkehrsverbindungen auf Wirtschaft und Bevölkerung auswirken und ultimativ, ob die Nutzen die Kosten übersteigen.

Ökonomische Arbeiten haben gezeigt, dass grössere Agglomerationen systematisch erfolgreicher sind als kleinere. Grössere Arbeitsmärkte, grössere Absatzmärkte, mehr Geschäftskontakte, all das führt zu einem besseren Matching, zu mehr Innovation und zu einem höheren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und zu höheren Einkommen.

Traditionelle Kosten-Nutzen-Messungen betrachten auf der Nutzenseite primär Reisezeitverkürzungen. Der innovative Gedankenschritt ist nun der: Eine gute Verkehrsverbindung macht de facto die Agglomeration grösser, mehr Menschen können schneller zueinander finden. Auf Basis bestehender empirischer Daten konnten wir einen bedeutenden ökonomischen Nutzen der geplanten neuen Infrastruktur nachweisen.

Die Wirkung der B,S,S.-Studie war gross. Zahlreiche Zeitungsartikel thematisierten das Herzstück, und innerhalb der Verwaltung wirkten die Auseinandersetzung mit der Fragestellung und die Ergebnisse äusserst motivierend. Das Projekt erhielt «Schub».

Wir freuen uns, wenn das Herzstück in vielleicht 20 Jahren wirklich gebaut ist. Weiter hoffen wir, dass künftig mehr Verkehrsprojekte einer rigorosen ökonomischen Analyse unterzogen werden.



«Es war erfreulich, dass bei den Kindern erhöhte Schulbesuchs- und Schulabschlussquoten festgestellt werden konnten.»

2012, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

B,S,S. überprüft die Wirksamkeit von Projekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Bildung und Beschäftigung – Wege aus der Armutsfalle?

Evaluation eines Projekts für Minderheiten in Albanien

Die Lebenssituation der Roma in Südosteuropa ist vielfach geprägt von Armut, Diskriminierung und Perspektivenlosigkeit; für viele bleibt der Zugang zu Bildung, zu Gesundheit und zum Arbeitsmarkt verwehrt. Seit Jahren engagiert sich die DEZA daher in zahlreichen Projekten für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und der sozialen Integration von Roma.

So auch in Albanien, wo Roma-Kindern bessere Bildungschancen eröffnet werden sollen, die sie langfristig dazu befähigen, der Armutsspirale zu entkommen. Das Projekt unterstützt hierfür frühkindliche Kindergartenbesuche sowie Massnahmen zur schulischen Integration der Kinder und der beruflichen Qualifizierung ihrer Eltern.

Wie steht es nun um die Wirksamkeit des Projekts? Kommt die Hilfe bei den Zielgruppen an? Wie liesse sich die Effizienz steigern, und was bleibt nach dem Projekt über? Um Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden, wurden wir von der DEZA beauftragt.

Bei der folgenden Evaluation setzten wir Instrumente der qualitativen Forschung ein: Einer vertieften Dokumentenanalyse folgten Einzel- und Gruppengespräche mit verschiedenen Akteuren und Anspruchsgruppen des Projekts in Albanien. Auf Basis der so gewonnenen Informationen konnten wir eine Einschätzung des Projekts vornehmen und Empfehlungen aussprechen. Es war erfreulich, dass bei den Kindern erhöhte Schulbesuchs- und Schulabschlussquoten festgestellt werden konnten und bei der Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Eltern und Verwandten Erfolge erzielt wurden.

Die Ergebnisse unserer Arbeit haben die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger insgesamt ermutigt, das Projekt fortzusetzen und dabei mehr Mitwirkung seitens der Gemeinden einzufordern.

Unsere in der Schweiz gewonnenen Kompetenzen und Erfahrungen im entwicklungspolitischen Kontext anzuwenden, ist herausfordernd. Es ist gleichsam sehr bereichernd, da sich uns so neue Perspektiven auf unser Denken und Tun eröffnen.

«Während im Kanton Basel-Landschaft im Jahr 2011 rund 20 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Prämienverbilligung erhielten, profitierte in Nidwalden fast die Hälfte der Bevölkerung.»

2012 und 2013, Bundesamt für Gesundheit (BAG) und Kanton Zürich

B,S,S. untersucht die Prämienverbilligung in der Schweiz.

Vier Milliarden für die Prämienverbilligung

Wer bekommt wo wie viel?

Die Krankenkassenprämien sind ein heiss diskutiertes Thema in Politik, Medien und Gesellschaft. Kein Wunder: Jeder und jede ist davon betroffen, alljährlich berichten die Medien von Prämiensteigerungen, und die Haushaltsbudgets werden durch die Prämien massiv belastet. Um dies zu entschärfen, wurde 1996 die Prämienverbilligung für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen eingeführt. Diese wird allerdings mindestens ebenso sehr diskutiert wie die Prämien selbst: «Prämienverbilligung: Kosten verdoppeln sich in kürzester Zeit» oder «Nicht jeder hätte die Prämienverbilligung nötig» titelten die Zeitungen beispielsweise.

Unbestritten ist: Die Kosten sind hoch. Doch wie ist die Wirkung? Dies fragte sich das BAG und erteilte uns einen Auftrag zur Analyse. Die Antwort ist – wie in der Schweiz oft – je nach Kanton verschieden. Denn der Bund setzt zwar die Rahmenbedingungen und übernimmt einen Teil der Kosten, die konkrete Ausgestaltung der Prämienverbilligungssysteme ist jedoch den Kantonen überlassen.

Die Heterogenität ist in der Folge substanziell: Während im Kanton Basel-Landschaft im Jahr 2011 rund 20 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Prämienverbilligung erhielten, profitierte in Nidwalden fast die Hälfte der Bevölkerung. Aber nicht nur die Bezügerquoten, sondern auch die Berechnung, die Modelle, die Verfahren sind in jedem Kanton unterschiedlich.

In einem Projekt für den Kanton Zürich durften wir uns mit der optimalen Ausgestaltung des Prämienverbilligungssystems im Detail befassen und merkten schnell: So einfach ist das gar nicht. Zum Beispiel können die administrativen Kosten einer Verbesserungsmassnahme deren Nutzen übersteigen. Es galt daher, die Vorschläge ganz genau zu analysieren. In Bezug auf ihre erwünschten und unerwünschten Wirkungen, in Bezug auf den Vollzugsaufwand und in Bezug auf Wechselwirkungen.

B,S,S. hat dazu Daten analysiert, Dokumente recherchiert, Analysen durchgeführt. Wir haben Ideen generiert und verworfen, und wir haben diskutiert: mit Personen aus den kantonalen Behörden, mit Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern, mit Personen aus Gesundheitsdepartementen anderer Kantone und schliesslich mit dem Regierungsrat.

Die ersten Vorschläge sind erarbeitet. Es gilt nun, diese zu konkretisieren, zu verfeinern und schliesslich umzusetzen. Wir sind gespannt, wie das zukünftige Zürcher Prämienverbilligungssystem aussehen wird, und freuen uns, dass wir einen Beitrag dazu leisten durften.

Zu den Fotos

B,S,S. arbeitet lokal, national und global, doch zu Hause sind wir in Basel.

Basel ist geprägt durch den Rhein. Wir schauen auf den Rhein, sitzen am Rhein, schwimmen im Rhein. Der Anblick des Wassers ist eine Wohltat für Seele und Geist, der ruhige Fluss des Wassers beruhigt inmitten des hektischen Alltags, und an heissen Sommertagen erfrischt uns die Kühle des Wassers.

Der Rhein machte Basel einst zu einem wichtigen Handelsplatz und war auch Voraussetzung für die Ansiedlung von Industrie, zunächst Färbereien, später chemische Industrie. Vor 25 Jahren war das Wasser von Chemikalien verschmutzt, heute schwimmen wieder 63 Fischarten im Rhein. Im 19. Jahrhundert diente das Gewässer der chemischen Industrie zur günstigen Entsorgung von Abfallstoffen, heute wirbt der Life Sciences Standort Basel mit dem alljährlichen offiziellen Rheinschwimmen.

Der Rhein ist Verkehrsader, Freizeitraum und Habitat für unzählige Tiere und Pflanzen und widerspiegelt damit die verschiedenen und interagierenden Herausforderungen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Umweltpolitik und einer umfassenden Sozial- und Gesundheitspolitik. Wenn wir am Rheinufer englisch, französisch, chinesisch und hochdeutsch hören, dann wird uns bewusst, dass gut bezahlte Arbeitsplätze alleine noch keinen langfristigen Erfolg einer Region garantieren, aber ein attraktiver Lebensraum ein zentraler Standortfaktor im Werben um die Talente ist. Eine saubere Umwelt ist eine Voraussetzung für unsere Gesundheit, und öffentliche Räume ermöglichen soziale Interaktion. Diese Erkenntnisse wiederum stehen für die Arbeitsweise von B,S,S., in der einzelne Fachthemen immer im weiteren Kontext und interaktiv gesehen werden.

Der Rhein verbindet Basel mit grossen Teilen der Schweiz und der Welt. Auch dies kann als Metapher dienen: B,S,S. arbeitet in Basel, in grossen Teilen der Schweiz, aber auch in vielen Ländern Europas, Afrikas, Südamerikas und Asiens.

Die Fotos hat der Basler Fotograf David Meyle für uns aufgenommen.

AUTORINNEN UND AUTOREN
Miriam Frey, Wolfram Kägi, Harald Meier, Michael Morlok, Elke Staehelin-Witt

HINTERGRUNDINFORMATIONEN UND IDEEN
Hansjörg Blöchliger und Andreas Spillmann

LEKTORAT
Claudia Frey Marti

FOTOS UND GRAFIK
wortbild gmbh, David Meyle

DRUCK
Offsetdruck Grauwiller Partner AG, Liestal

© 2013
B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG
Steinenberg 5
CH-4051 Basel
Tel. +41 (0) 61 262 05 55
E-Mail: contact@bss-basel.ch
www.bss-basel.ch

B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG
Steinenberg 5
CH-4051 Basel
Tel. +41 (0) 61 262 05 55
E-Mail: contact@bss-basel.ch
www.bss-basel.ch